

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

06. Mai 2008

im **Feuerwehrhaus** in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Norbert **Benz**, Angela **Bloss**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Hans Peter **Jelinek**, Dr. Rainer **Köthe**, Engelbert **Lorenz**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Roland **Schnell**

Verwaltung: Böhm, Hack

Es fehlten als entschuldigt: Karin **Bender**, Rüdiger **Knapp**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 28. April 2008 ordnungsgemäß eingeladen worden ist.

Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 02. Mai 2008 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 15. April 2008

Stadtrat Dr. Rainer Köthe merkt zu TOP 12 (Anfragen des Gemeinderats), letzter Absatz, an, dass er wegen des Parkproblems nicht von Stadtrat Roland Schnell angesprochen gefühlt hat. Die Aussage bezog sich eher auf die Feststellung von Stadtrat Walter Freudenberger.

Beschluss:

Der Sitzungsniederschrift vom 15. April 2008 wird, mit der o.a. Änderung, zugestimmt.

Abstimmung: 13 Ja

02. Baugebiet „Bitzweg“

hier: Vergabe der Arbeiten zur Erschließung des Baugebiets

Stadtrat Hans Rossel ist bei diesem TOP befangen und begibt sich zu den Zuhörern.

Bürgermeister Vogt begrüßt zu diesem TOP Herrn Harald Miltner vom Ing. Büro Miltner, Karlsruhe recht herzlich.

Herr Miltner führt aus, dass alle Zustimmungen der Grundstückseigentümer für die Erschließungsmaßnahme vorliegen. Mit dem Stand des Verfahrens zeigt er sich sehr zufrieden. Nach der heutigen Vergabe der Erschließungsarbeiten wird Ende September das Baugebiet „Bitzweisen“ fertig gestellt sein. Zu den Ausschreibungsmodalitäten fügt er an, dass es sich hier um eine private Ausschreibung handelte, wobei alle Arbeiten aufgenommen wurden, um das Baugebiet zu erschließen (Kanalisation, Wasserversorgung, Straße, Erdarbeiten Graben). Mit den drei Firmen, die ein Angebot abgegeben haben, wurden Vertragsverhandlungen geführt mit dem Ziel, durch eine Pauschalvergabe der Bauarbeiten eine günstige Vergabesumme zu erreichen. Die Differenz in den vorliegenden Angeboten liegt hauptsächlich in den Arbeiten für die Bepflanzung. Diese sollen nochmals extra ausgeschrieben werden. Die Kosten für die Pflanzarbeiten lagen in den Angeboten zwischen 24.000 und 48.000 Euro.

Die vorliegenden Angebotspreise beinhalten nunmehr die Erschließungsarbeiten für den Straßenbau, Kanalisation, Wasserversorgung und die Erdarbeiten am Graben. Die Firma HLT, Neckargerach ist mit 317.612,93 Euro der günstigste Bieter. Die Angebotssumme liegt unterhalb der Kosten, die mit den Grundstückseigentümern besprochen wurden. Herr Miltner zeigt sich zuversichtlich, dass nach Abrechnung aller Kosten die Grundstückseigentümer mit der Kostenleistungsrechnung zufrieden sein werden.

Stadtrat Walter Freudenberger stellt den Antrag, der Fa. Hauck die Erschließungsarbeiten zu vergeben, da es sich nur um einen geringen Differenzbetrag handelt und er die Fa. Hauck immer noch als ortsansässig ansieht. Diesem Antrag widerspricht Stadtrat Thomas Mayer, da 24.000 Euro für ihn keine Kleinigkeit sind.

Stadtrat Freudenberger möchte wissen, ob mit der Fa. Hauck Nachverhandlungen möglich sind. Herr Miltner führt aus, dass jeder Anbieter bei der Vergabe Seriosität erwartet, weshalb durch das Ing. Büro nur einmal mit den Anbietern nachverhandelt wurde. Die Firmen müssen sicher, dass nach der Verhandlung nicht mehr „gemauschelt“ wird.

Stadtrat Freudenberger widerspricht dem Wort „gemauschelt“ und stellt fest, dass die Fa. Hauck in der Gemeinde schon sehr viel für die Stadt geleistet hat.

Bürgermeister Vogt fügt an, dass die Ausschreibung ordnungsgemäß vorgenommen wurde und weist auf die Vereinbarungen mit den Grundstückseigentümern hin, die erwarten, dass die Firma beauftragt wird, die das günstigste Erschließungsangebot eingereicht hat.

Auf Anfrage von Stadtrat Hans Peter Jelinek, wann die Erschließungsarbeiten beginnen, teilt ihm Herr Miltner mit, dass dies noch im Monat Mai geschehen wird. Das Ende der Arbeiten ist in der Ausschreibung auf Ende September festgelegt. Aus diesem Grunde schlägt er vor, dem Ing. Büro Miltner zu empfehlen, die Arbeiten zur Erschließung des Baugebiets „Bitzweg“ an die Fa. HLT, Neckargerach zu vergeben.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe der Arbeiten zur Erschließung des Baugebiets „Bitzweg“ an den günstigsten Bieter, die Fa. HLT, Neckargerach zum Angebotspreis in Höhe von 317.612,93 Euro (brutto) zu.

Abstimmung: 11 Ja 1 Nein

03. Stadthalle Neckarbischofsheim

hier: Anpassung des Betriebskostenzuschusses

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass noch der Beschluss des Gemeinderats besteht, keine weiteren Investitionen in die Stadthalle zu tätigen. In der diesjährigen Klausurtagung waren sich Gemeinderat und Verwaltung einig, derzeit keine weiteren Entscheidungen treffen zu wollen, was die Zukunft der Stadthalle angeht. Für Bürgermeister Vogt bestehen derzeit zwei Möglichkeiten: Entweder ein Abriss der Stadthalle oder die Betriebsträgerschaft weiterhin bei den NaturFreunden zu belassen. Beim Neujahrsempfang der Stadt Neckarbischofsheim hat man in diesem Jahr gesehen, dass die NaturFreunde die Stadthalle wieder sehr schön hergerichtet haben.

Wegen der Erhöhung der laufenden Betriebskosten sind die NaturFreunde nun an die Stadt Neckarbischofsheim herangetreten mit der Bitte, die pauschale Zuweisung für die Unterhaltungskosten zu erhöhen. Bürgermeister Vogt kann diese Forderung durchaus nachvollziehen, da hier die NaturFreunde für öffentliche Veranstaltungen die Stadthalle zur Verfügung stellen und die Kosten zu tragen haben. Damit der Gemeinderat in Ruhe über die weitere Entwicklung der Stadthalle entscheiden kann, sollte man sich dieser Forderung nicht verschließen. Des Weiteren wird durch die erhöhte Zuweisung die Möglichkeit geschaffen, weitere Veranstaltungen in der Stadthalle, die dadurch so wie bisher erhalten bleibt, abzuhalten.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einer Erhöhung der pauschalen Zuwendung an die NaturFreunde in der vorliegenden Form zu, um die Kosten für Betrieb und Unterhalt abdecken zu können. Dies gilt auch rückwirkend für das Jahr 2007. Der Verein erstellt eine Jahresabrechnung.

Gleichzeitig genehmigt der Gemeinderat die überplanmäßige Ausgabe bei Finanzposition 1.7600.540000 in Höhe von 7.260,-- € für das Haushaltsjahr 2008 und in Höhe von 8.569,67 € für das Haushaltsjahr 2007.

Abstimmung: 9 Ja 2 Nein 2 Enthaltungen

04. Umsetzung des Tagesstättenausbaugesetzes

a) Festsetzung der Ausbaustufen

b) Zuschuss zur Betreuung von Kindern von 8 Wochen bis 3 Jahren im Rahmen der Einrichtung Villa Kunterbunt bei den NaturFreunden

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage und führt aus, dass sich der Gemeinderat in seiner Klausurtagung mit der Thematik ausführlich beschäftigt hat. In Abwandlung zur Vorlage schlägt die Verwaltung nunmehr vor, das Defizit der NaturFreunde Neckarbischofsheim bei der Kleinkinderbetreuung nach den gesetzlichen Vorgaben mit 63% (27.500 Euro) für dieses Jahr zu übernehmen. Durch diese Vorgehensweise geht den vorhandenen Einrichtungen kein Zuschuss verloren, sondern dieser wird nur anders verteilt. Der Evangelische Kindergarten erhält weiterhin die Defizitabdeckung. Im Laufe des Jahres sollte dann darüber diskutiert werden, in welche Richtung die Stadt Neckarbischofsheim bei der Kleinkindbetreuung geht. Hierbei sollte ein Gesamtpaket geschnürt werden, welches auch die derzeitige Arbeit der NaturFreunde in der Kleinkindbetreuung beinhaltet. Bürgermeister Vogt unterstreicht, dass es hier um Kinder im Alter von acht Wochen bis unter drei Jahren handelt, wobei in den Kindergärten die Betreuung der Kinder ab 8 Wochen bis unter 2 Jahre nicht abgedeckt werden kann. Die Einrichtungen ergänzen sich demnach und treten auch nicht in Konkurrenz zueinander auf.

Für Bürgermeister Vogt geht es deshalb um die Frage, wie die Stadt Neckarbischofsheim weiter mit der Kleinkinderbetreuung umgeht. Will sich Neckarbischofsheim zur Wohngemeinde wandeln, dann müssen auch für Familien bessere Angebote gemacht werden, um für diese attraktiv zu sein bzw. zu werden. Im Übrigen ist derzeit in der Diskussion, ab dem Jahr 2013 den Kleinkindern einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz zu gewähren. Da zu diesem Zeitpunkt das Angebot nicht realisierbar ist, möchte Bürgermeister Vogt es lieber sehen, dass mit der Kleinkindbetreuung der NaturFreunde oder mit Tagesmüttern dieser Bedarf abgedeckt wird.

Stadtrat Hans Peter Jelinek zeigt sich froh darüber, dass von der Verwaltung der Alternativvorschlag zur Bezuschussung und Befristung gekommen ist.

Dadurch hat der Gemeinderat etwas Luft, die Vertragsverhandlungen mit der Evangelischen Kirchengemeinde zu führen, wobei das restliche Jahr ausreichen müsste, um die Vorstellungen der Stadt Neckarbischofsheim zur weiteren Finanzierung des Evangelischen Kindergarten in die Gespräche einzubringen.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass die Kinderbetreuung im Gesamten zu betrachten ist, wobei die Kleinkindbetreuung nur ein Teil davon ist. Er bittet dann den Gemeinderat, dem neuen Vorschlag der Verwaltung (63% Defizitabdeckung) zuzustimmen.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat stimmt in Ergänzung der örtlichen Bedarfsplanung der Stadt Neckarbischofsheim dem angestrebten Ziel von 26,88% Versorgungsquote für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren (0-3) bis 2010 zu.

Abstimmung: 13Ja

- b) Die Kleinkindbetreuung der NaturFreunde wird analog der Bezuschussung des evangelischen Kindergartens für 2008 auf 63% der Kosten festgesetzt, die nicht durch Mittel des Regierungspräsidiums und durch Elternbeiträge abgedeckt sind. Über die Verwendung der Mittel wird eine Jahresabrechnung mit Personalschlüssel erstellt.

Gleichzeitig genehmigt der Gemeinderat die überplanmäßige Ausgabe bei Finanzposition 1.4643.700000 in Höhe von 27.000 €.

Abstimmung: 13 Ja

05. Ausweisung eines Holzlagerplatzes in Neckarbischofsheim

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass im Bereich des „alten Sportplatzes“ oder des „alten Schuttplatzes“ eine Stelle geschaffen werden könnte, auf der Privatpersonen aus Neckarbischofsheim ihr Holz lagern. Es handelt sich hier vor allem um „kleinere“ Holzmacher, deren Holz dann aus der Flur entfernt würde. Der Verwaltung stellt sich derzeit die Frage, ob sich die Stadt darum bemühen soll, oder es weiterhin belassen will, dass vermehrt Holzlager in der Flur entstehen. Wegen des nicht einsehbaren Bereichs, und der vorhandenen Schranke wird der alte Schuttplatz von der Verwaltung bevorzugt.

Stadtrat Walter Freudenberger ist der Meinung, dass die Neckarbischofsheimer ein eigenes Grundstück besitzen, wenn sie Holz machen, auf dem sie dieses lagern können. Er spricht sich dagegen aus, dass die Privatpersonen noch Miete für einen Lagerplatz zahlen müssen.

Bürgermeister Vogt erwidert hierzu, dass gerade deshalb die Personen bei der Verwaltung vorseprechen, weil zu Hause ihre Lagerkapazitäten für das Holz zu gering sind.

Stadtrat Dr. Rainer Köthe findet die Idee nicht schlecht, sollte Bedarf vorhanden sein, bittet aber um Auskunft, ob auf dem Lagerplatz dann Hütten errichtet werden, oder das Holz nur abgedeckt werden darf. Bürgermeister Vogt führt aus, dass keine Hütten gebaut werden, sondern nur eine normale Abdeckung in dem abgegrenzten Lagerbereich erfolgen wird.

Stadtrat Hans Peter Jelinek stellt sich die Frage, was besser ist: das Holz in einem Lager zu bündeln oder weiterhin das Holz in freier Natur zu lagern. Geht es nur darum, Holzstöße aufzusetzen, dann findet er die Geldausgabe für einen Holzlagerplatz nicht notwendig. Wird allerdings weiterhin die Landschaft mit Holzhütten zersiedelt, dann spricht er sich wiederum für die Anlegung eines Holzlagerplatzes aus.

Bauamtsleiter Jürgen Böhm weist darauf hin, dass mit der Anlage des Holzlagerplatzes die Zersiedelung der Landschaft nicht gestoppt werden kann. Die Untere Naturschutzbehörde beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis geht gegen die Holzlager in der freien Natur bereits seit längerem an, wird aber nicht Herr der Lage. Viele Personen suchen allerdings nur einen Lagerplatz von zwei bis drei Jahren. Dadurch entstehen auch Ansammlungen von Holz wie derzeit im Wisenweg. Ob dies auch vom Gemeinderat so gewollt ist, wird von der Verwaltung bezweifelt, weshalb die Idee, die bereits vor sechs Jahren schon einmal geführt wurde, nicht neu ist. In einem Pachtvertrag können die Bedenken des Gemeinderats geregelt und ausgeschlossen werden.

Stadtrat Walter Freudenberger ist der Meinung, dass die Bevölkerung durch die Überprüfungen der Naturschutzbehörde „gegängelt“ wird und verweist darauf, dass auch Stadtbedienstet ihr Holz außerhalb des Ortsetters lagern. Er bittet darum eine Entscheidung zu treffen, dass Holz nur noch auf ausgewiesenen Plätzen gelagert werden darf.

Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass durch die Lagerung des Holzes auf einem zentralen Platz ein entsprechendes Angebot an die Privatpersonen gemacht wird. Sollten diese den Platz nicht nutzen könnte sie auch bspw. Gartengrundstücke im Wiesenweg anpachten das dann als Holzlagerplatz genutzt wird und das Ortsbild beeinträchtigt.

Stadtrat Hans Peter Jelinek weist darauf hin, dass innerörtlich das Lagern von Holz baurechtlich ausgeschlossen werden kann. Außerhalb des Ortsetters besteht die Möglichkeit, einen Ausschluss aus umwelt- und naturschutzrechtlichen Gesichtspunkten zu beschließen.

Bürgermeister Vogt betrachtet den Vorschlag der Verwaltung nur als Angebot, weshalb er jede Entscheidung des Gemeinderats in diese Richtung akzeptieren wird.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Auskunft, wie groß die Lagerfläche sein wird und wie viel Holz dort gelagert werden können. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass sich die Verwaltung noch nicht damit beschäftigt hat, dies jedoch tun wird, wenn der Gemeinderat der Verwaltung den Auftrag erteilt. Danach wird eine Kostenschätzung durchgeführt.

Stadtrat Thomas Mayer sieht den Vorschlag der Verwaltung als zusätzliches Angebot und weist darauf hin, dass draußen in der Flur nunmehr nicht das gesamte Holz abgeräumt und auf dem Holzlagerplatz verbracht werden muss. Auch er spricht sich für die Anlegung des Lagerplatzes am alten Schuttplatz wegen der bestehenden Zufahrt aus. Nach der erfolgten Kostenrechnung durch die Verwaltung sollte eine erneute Diskussion im Gemeinderat erfolgen.

Stadtrat Norbert Benz ist ebenfalls der Meinung, dass die störenden Holzaufschichtungen im Wiesenweg dort nichts zu suchen haben. Auch er spricht sich für die Anlegung des Holzlagerplatzes aus, wenn eine entsprechende Anfrage von Privatpersonen vorhanden ist.

Stadtrat Walter Freudenberger verweist auf den zunehmenden „Holzdiebstahl“ in Neckarbischofsheim und bittet darum, um den Holzlagerplatz dann einen Zaun anzubringen.

Bürgermeister Vogt verweist darauf, dass es nur einen einzigen Weg zu diesem Platz geben wird, der mit einer Schranke verschlossen ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Ausweisung eines Holzlagerplatzes in Neckarbischofsheim im Gewann „Bruchwiesen“ zu und beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für die Herrichtung des Platzes, die Einteilung der Parzellen und den Pachtpreis zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmung: 11 Ja 2 Nein

06. Beitritt der Stadt Neckarbischofsheim zum Verein „Burgenstraße“

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass auch die Große Kreisstadt Sinsheim bestrebt ist, Mitglied im Verein „Burgenstraße“ zu werden. Die Burgenstraße verläuft von Heidelberg bis nach Prag, wobei Neckarbischofsheim in einem „Seitenast“ aufgenommen werden soll. Die Stadt Neckarbischofsheim befindet sich in diesem Verein in guter Gesellschaft mit anderen Städten und Gemeinden. Die Burgenstraße wird mit verschiedenen Printmedien beworben, wobei im Hauptprospekt alle Burgen und Schlösser und deren Mitglieder aufgeführt sind. Das Faltblatt gibt es in insgesamt sechs Sprachen, darunter auch in Japanisch. Die Werbeschriften dafür werden vom Verein erstellt. Bürgermeister Vogt würde es begrüßen, wenn der Gemeinderat dem Aufnahmeantrag zustimmt. Der Verein „Burgenstraße“ ist stark daran interessiert, Burgen und Schlösser mit Übernachtungsmöglichkeiten (Schlosshotel Neckarbischofsheim) in sein Programm aufzunehmen, da es diese bisher in dieser Form nicht so häufig gibt.

Stadtrat Dr. Rainer Köthe führt aus, dass die Stadt Neckarbischofsheim nicht genug dafür tun kann, mit dem Beitritt zum Verein „Burgenstraße“ die Stadt noch bekannter werden zu lassen, weshalb er dem Aufnahmeantrag zustimmen wird.

Stadtrat Peter Haffelder bittet um Auskunft, ob für die Werbemaßnahmen auch die Pächterin des Schlosshotels direkt angesprochen wurde, um sich an der Aufnahme zu beteiligen. Schließlich geht es bei der Aufnahme in den Verein nur um das Schlosshotel.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass in der Werbebroschüre Privatanzeigen möglich sind, weshalb er mit Frau Heike Schnur reden wird, ob diese sich mit einer Werbeanzeige beteiligt. Im übrigen geht es bei der Aufnahme auch darum, dass viele Gäste ihr Geld hier im Ort lassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Beitritt der Stadt Neckarbischofsheim zum Verein „Burgenstraße“ zu. Des Weiteren stimmt der Gemeinderat der Ausgabe des Mitgliedsbeitrags (800 €/jährlich) und der Umlage für Werbeleistungen (1.386 €) zu.

Abstimmung: 13 Ja

07. Wegfall der Kommunalen Ausfallbürgschaft bei der Wohnraumförderung

Bürgermeister Vogt nimmt auch bei diesem TOP Bezug auf die Vorlage und bittet den Gemeinderat, die Gewährung einer kommunalen Ausfallbürgschaft bei der Wohnraumförderung künftig abzulehnen.

Stadtrat Walter Freudenberger ist der Auffassung, dass gerade für die Vermarktung der Bauplätze im Neubaugebiet „Eichertstal“ die Übernahme der Ausfallbürgschaft wichtig wäre. Im Übrigen kann er sich nicht daran erinnern, dass während seiner Tätigkeit im Gemeinderat die Stadt Neckarbischofsheim schon einmal Probleme mit der Übernahme der Ausfallbürgschaft gehabt hat.

Bürgermeister Vogt erwidert, dass die Stadt Neckarbischofsheim sehr wohl schon bei Ausfallbürgschaften in Anspruch genommen wurde, da es sich hier nicht um ein risikoloses Geschäft handelt. Die Zuschüsse der Wohnraumförderung werden als Grundschuld eingetragen, weshalb eine kommunale Ausfallhaftung nicht mehr notwendig ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt die Gewährung einer kommunalen Ausfallbürgschaft bei der Wohnraumförderung ab.

Abstimmung: 12 Ja 1 Nein

08. Bekanntgaben

Landeszuschuss für Sportförderung

Aus Mitteln der Sportförderung des Landes Baden-Württemberg erhält die Stadt Neckarbischofsheim für die Errichtung des zweiten Sportplatzes einen Zuschuss in Höhe von 25.800 Euro. Damit kann der zweite Sportplatz, in Zusammenarbeit mit dem TSV Neckarbischofsheim, mit dem vorliegenden Finanzierungskonzept hergestellt werden.

Besuch in der russischen Partnerstadt Pereslavl-Salesskij

Aus terminlichen Gründen wurde der geplante Besuch in der russischen Partnerstadt Pereslavl-Salesskij (30.06. bis 06.07.2008) abgesagt. Der Besuch soll im nächsten Jahr vorgenommen werden. Eine Delegation aus Russland wird Neckarbischofsheim im September oder Oktober dieses Jahr besuchen.

Neuer Bürgermeister in der französischen Partnerstadt La Chapelle-St. Luc

Die französische Partnerstadt La Chapelle-St. Luc hat nach den diesjährigen Kommunalwahlen im März 2008 einen neuen Bürgermeister gewählt. Sein Name ist Olivier Girardin. Mit Schreiben vom 20. März 2008 hat Bürgermeister Vogt seinem neuen französischen Amtskollegen zur Wahl gratuliert. In einem Antwortschreiben von Olivier Girardin teilt dieser mit, dass er die Freundschaft zwischen den beiden Städten weiter pflegen will, weshalb noch in diesem Jahr ein Treffen stattfinden wird.

Gesprächstermine mit dem Gemeinderat

Der Gemeinderat hat mit der Einladung zur Sitzung zwei Termine erhalten. Dabei geht es um Gespräche bezüglich des Park und Ride-Angebots am künftigen S-Bahn-Haltepunkt „Neckarbischofsheim Nord“ am 26. Mai. Der Gesprächstermin mit dem Kirchengemeinderat der Evangelischen Kirchengemeinde wird auf Montag, 09. Juni 2008, 19 Uhr verschoben.

Die CDU/UW-Fraktion wird gebeten, die Teilnehmer für diese Gesprächstermine noch zu benennen.

09. Anfragen des Gemeinderats

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

10. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Frau Christel Fischer teilt mit, dass es durch das Heizkraftwerk gelegentlich zu Geruchsbelästigungen komme, die unterschiedlich auftreten und womöglich mit der Jahreszeit zusammenhängen. Ihrer Meinung nach arbeitet das Heizkraftwerk noch nicht richtig durchgehend. In der warmen Jahreszeit treten auch abends und nachts Geräuschbelästigungen auf, vor allem bei Ostwind.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass es bei Ostwind zu Belästigungen der Anwohner kommt. Ob die Geruchsbelästigung alleine von der Holzhackschnitzelanlage stammt, kann Bürgermeister Vogt jedoch nicht sagen. Dies könne auch von einer anderen Firma sein, die ihre Anlage in der Nähe betreibt. Wegen des störenden Rauches hat er sich bereits mit den Nachbarn unterhalten, wobei er diesen mitgeteilt hat, dass die Holzhackschnitzelanlage einwandfrei arbeitet, seitdem das Holz des Sägewerks Mayer verbrannt wird. Dadurch hat sich auch die Effektivität der Anlage deutlich erhöht. Die Probleme mit der Rauchbelästigung treten dann immer auf, wenn die Anlage angefeuert wird. Wenn der Kessel erst einmal die Temperatur erreicht hat, dann dringt aus dem Schornstein lediglich noch Wasserdampf aus. Nachdem die Thematik mehrfach an die Verwaltung herangetragen wurde wird weiter versucht, die Beschwerden der Anwohner zu minimieren.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: